

Berantwort. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
Vierteljährlich durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petzele oder deren Mann im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neklen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 5. Februar. Folgender Antrag wird, unterzeichnet von sämtlichen Mitgliedern der konserватiven Partei, demnächst im Reichstage eingebracht werden. Wie verlautet, ist die Unterzeichnung derselben seitens der deutsch-sozialen Reformpartei und seitens der überwiegenden Mehrheit der Reichspartei zu erwarten.

Antrag.

Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichsfanzer zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach:

1. der Einfuhr und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluss der Mühlensäfte, ausdrücklich für Rechnung des Reichs erfolgt,

2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850 bis 1890, die Verkaufspreise der Mühlensäfte nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis, den Getreidepreisen entsprechend, bemessen werden, solange hierdurch die Einkaufspreise gebedt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind,

3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlensäfte derart bestimmt getroffen wird, daß:

- a) alljährlich eine dem jetzigen Getreidezollnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichsfinse abgeführt wird,
- b) zur Ansammlung von Vorräthen für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle etc.) die nötigen Mittel bereit gestellt werden,
- c) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichsfinse fährlich abzuführenden Summe (a) sicher zu stellen.

Begründung.

Da die gegenwärtige Getreidepreisse um ein beträchtliches hinter den Kosten des Getreidebaues zurückliegen und da eine Erhöhung der Getreidezölle keines Leidung dieser Preise für die nächsten 9 Jahre wegen der Handelsverträge nicht in Frage kommen kann, so müssen zur Erhaltung der Landwirtschaft andere Hilfsmittel ausständig gemacht werden.

Ein solches Mittel würde in der Verstaatlichung des Getreidezolls und dem Wiederverkauf des ausländischen Getreides nach festen Durchschnittspreisen zu finden sein. Der inländische Getreidepreis hängt lediglich von den Preisen ab, zu welchen die ausländischen Zulieferer angeboten werden; wird also das ausländische Getreide unter einem bestimmten Mindestpreise im Inlandeverkauf nicht abgelassen, so braucht auch der deutsche Produzent sein Getreide nicht unter diesem Preis zu verkaufen, es sei denn, daß im Falle einer außerordentlich reichen Ernte in Deutschland die einheimische Getreideproduktion einmal den Bedarf des Landes übersteigen sollte.

Der Zweck des vorliegenden, am 7. April 1894 bereits in ähnlicher Form eingebrochenen Antrages ist also, daß das für den deutschen Konsum benötigte ausländische Getreide nur für Rechnung des Reichs angekauft und verkauft werden darf, und daß für den Verkauf bestimmte Preise vorgeschrieben werden.

Die hiergegen erhobenen Bedenken bezogen sich wesentlich auf folgende vier Punkte:

1. Die angebliche Unvereinbarkeit mit den in den Jahren 1892—1894 abgeschlossenen Handelsverträgen.

Eine nähere Prüfung des Wortlaufs der Handelsverträge läßt indessen zu dem Ergebnis, daß ein solcher Widerspruch nicht besteht; überdies lassen sich Mittel und Wege finden, um von den hier in Betracht kommenden benachbarten Staaten, Österreich-Ungarn und England, jeden aus der vorgelegten Einrichtung etwa zu befreiten.

2. Die angeblich sozialistische Tendenz des Antrages.

Gegen diesen Einwand ist geltend zu machen, daß der sozialistische Bewegung nichts mehr zu Statten kommt, als der Fortbestand der jetzigen Notlage der Landwirtschaft, und daß jedes Mittel, welches diese Notlage zu mildern geeignet ist, auf gegen die sozialistische Bewegung seine Wirkung ausüben muß.

Dass diese Annahme von der sozialdemokratischen Partei selbst getheilt wird, beweist deren Abstimmung über den Antrag vom 7. April v. J. Das Mindestens darf also nicht behauptet werden, daß die Tendenz des Antrages sozialdemokratisch sei; sie kann vielmehr im höchsten Grade sozialconservativ — d. h. gesellschafts-erhaltend — genannt werden; denn, was der Antrag in erster Linie bezweckt, ist die wirtschaftliche Erhaltung unserer bestehenden Verhältnisse, vor allem des Bauernstandes und des Handwerkerstandes, auf deren Unterzung die Sozialdemokratie wartet. Man wird gegenüber einer so hervorragend praktischen Maßnahme für Erhaltung des Bestehenden des Gerede, daß das Prinzip dieser Maßnahme sozialistisch sei, kein großes Gewicht beilegen dürfen.

3. Die Broderverhinderung.

Die Befürchtung gegenüber ist hervorzuheben, daß der Antrag zwar in ähnlicher Weise wie die Schätzungen eine Beeinflussung der Preisbildung bewirkt, daß indes jene preissteigernde Wirkung des hier beantragten Gesetzes auftritt, sobald die Auslandspreise die vorgeschlagenen Verkaufspreise erreichen. Sie ist also eine sehr begrenzte, während die der Schätzungen auch unter hohen Auslandspreisen fortsetzt, — also eine unbegrenzte ist; und hierin liegt ein unschätzbarer Vortheil dieses Systems für die Broderländer. Erfahrungsgemäß folgen die Broderpreise den Kornpreisen zwar nach oben immer sofort, dagegen nach unten sehr langsam; und deshalb haben die Broderländer das größte Interesse an der Verhinderung erheblicher Getreidepreisschwankungen, welche nur der Spekulation zu gute kommen. Grade die Ausgleichung und Befestigung der Getreidepreise in einer für die Konsumanten wie für die Produzenten ertragreiche Höhe aber ist es, was die vorgeschlagene Maßnahme in erster Linie bewirken muß.

4. Auch gegen die praktische Durchführbarkeit des Vorschlags sind anfänglich Bedenken erhoben worden, welche sich bei näherer Prüfung als nicht

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Moos, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bornh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thiemann, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Borch & Co, Hamburg Joh. Nooitbaar, A. Steiner, William Wilkins. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

stichhaltig erwiesen haben. Alle kostspieligen Einrichtungen sind leicht zu vermieten und der Getreidehandel, welchem nach wie vor die Heranbildung des erforderlichen Getreides überlassen werden soll, wird in seiner Weise geschädigt werden.

Alles zusammengekommen ist die Verhaftung der Getreideeinfuhr gegenwärtig das einzige mögliche Mittel, um den drängenden deutschen Landwirtschaft durchgreifend und schnell genug zu heilen, sie in seiner wünschenswerten, um die unberechtigte Wörternelation im Brodtbereide zu beschränken, und sie wird auf die wenig günstige Finanzlage des Reiches bei Fortbestand der legigen niedrigen Auslandspreise einen wohltätigen Einfluss üben.

Die gegen den Antrag vom 7. April v. J. erhobenen Bedenken sind, soweit ihnen eine Begründung überhaupt zugetraut werden konnte, durch die vorliegende veränderte Fassung des Antrages beseitigt, oder erscheinen mindestens den bezeichneten Vortheilen gegenüber bedeutungslos.

Seitens der Gegner der Tabakfabrikate steuer werden wieder die im Gesetz vorgesehenen Kontrollmaßnahmen als unannehmbar bezeichnet.

Abgegeben davon, daß der neue Gesetzentwurf gegenüber dem vom vorigen Jahre den Umgang der Kontrolle herabgedimmt hat, haben doch andere Länder keinen Aufstand genommen, solche Maßnahmen in weitestem Umfang einzuführen. In erster Reihe darf dabei auf die Vereinigten Staaten von Amerika Bezug genommen werden. Der Tabakbau ist dort frei von jeder Kontrolle. Der Pflanzer ist aber verpflichtet, auf Verlangen eines Steuerbeamten demselben einen genauen und vollständigen, durch Eid bekräftigten Verzeichniss der Verkäufe von Rohtabak nach der Zahl der Packe, Kisten oder Stück und mit Angabe des Namens und des Wohnortes der Personen zu liefern, an welche Verkäufe oder Veräußerungen stattgefunden haben. Die Rohtabakhändler, welche an einen bestimmten Personentreis verlaufen dürfen, müssen über An- und Verkauf Buch führen, welches den Steuerbeamten zur Ansicht offen zu legen ist. Aus diesem Buche ist vierjährlich dem collector ein Auszug einzurichten. Die daraus sich ergebenden Verkäufe an Tabakfabrikanten anderer Distrikte werden zusammenge stellt und nach diesen Zusammenstellungen haben die Distriktoffiziere den Materialzugang in den Tabakfabrikaten ihres Distriktes zu kontrollieren. Ebenso werden die an Rohtabakhändler erzielten Verkäufe aus Distrikt zu Distrikt gemeldet. Jeder Distrikt-Direktor der preußischen Staatsbahnen in Verbindung mit der deutschen Ostafrikalinie nach Ostafrika und Transvaal wird alter Wahrnehmlichkeit nach am 1. April 1895 in Kraft treten.

Zur Angelegenheit des Kreuzers „Esmeralda“, der einer am Freitag veröffentlichten Mel dung aus Guayaquil zufolge von Chile an Japan verlaufen und von der ecuadorischen Regierung mit dem Recht, die Flagge Ecuador zu führen, ausgestattet worden sein sollte, veröffentlicht die chilenische Gesellschaft in Berlin folgende Erklärung: „Gegenüber einem von dem heigen Sonntag von Ecuador veröffentlichten Druckschrift ist die chilenische Gesellschaft in der Lage zu erklären, daß die Kreuzer „Generalba“ seitens Ecuadors von Chile gekauft worden ist, daß Ecuador ihn für sich gekauft hat und daß sich die Kursenden über diesen Kauf in den Händen der chilenischen Regierung befinden. Die Gesellschaft besitzt eine Quittung, die bezeugt, daß der Preis für den Kreuzer durch den Generalsonn von Ecuador in New York im Namen seiner Regierung bei der Bank von Rothschild & Sons in London baar eingezahlt worden ist.“

Hannover, 4. Februar. Der Provinziallandtag wurde heute Nachmittag durch den Oberpräsidenten von Bremens eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Graf zu Bismarck und Anspach gewählt.

Mannheim, 4. Februar. Der Bürgerausschuss genehmigte die Ernennung Bismarcks zum Ehrenbürgern mit 66 gegen 38 Stimmen. Dafür stimmten die Nationalliberalen, 1 Freiämter, dagegen die übrigen Freisinnigen, die Demokraten und Sozialisten. Nunmehr haben die sämtlichen grösseren Städte des Großherzogthums Badens die Ernennung Bismarcks zum Ehrenbürgern vollzogen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Februar. Die Generalsammlung der österreichisch-ungarischen Bank genehmigte den Bericht des Generalrates und erhielt die Decharge. Der Reinertrag der Bank ergibt eine Jahresdividende von 42,90 Gulden. Der Bericht hebt hervor, daß Jahr 1894 sei der wirtschaftlichen Entwicklung der Monarchie im Allgemeinen wenig günstig gewesen und die Ausfuhr mehrerer der bedeutendsten Handelsartikel habe eine weitere

verschärft; er motiviert dieses Vorgehen mit folgendem, an den Abg. Liebermann v. Sonnenberg gerichteten, von der „Staats-Ztg.“ mitgeteilten Schreiben: „Da Sie den Reichstag abgelehnt haben, darf ich Ihnen aus der Fraktion ausgeschlossen und damit öffentlich dokumentiert haben, daß Sie eine Einigkeit aller Antisemiten nicht mehr wünschen, so beeindruckt mich Ihnen mitzutun, daß ich mir meinen Ausstritt aus der Fraktion der Deutschensozialen Reformpartei erkläre. Zu diesem Entschluß veranlaßt mich aufgeweckt noch die freiheitswürdige Haltung zur Unionsvorlage.“

Der Abgeordnetenhaus erledigte in der heutigen Sitzung das Budget des Kultus- und Unterrichtsministeriums, und nahm sodann das Gesetz betreffend die Verlängerung der Indemnität bis Ende April an. Im Laufe der Debatte erklärte die Abg. der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus handle. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der Unabhängigkeitspartei sich gegen die Indemnität. Der Ministerpräsidium erklärte die Annahme der Indemnität, da es sich nicht um eine politische Frage, sondern um Konstituität, Ordnung und Sicherheit des Staatsausbaus hande. Die Kritik des Regierungspolitikers war, ausgesprochenen, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß er mit dem Ausstossen der Aktionärsfraktion, der National- und der

* Bei dem hiesigen königlichen Standesamt lamen im Januar 1895 zur Anmeldung: 464 Geburten (gegen 410 in demselben Monat des Vorjahrs), 306 Sterbefälle (314), 68 Erkrankungen (67) und 78 Aufzüge (86).

* Von einem Trockenboden des Hauses Louisenstraße 6–7 wurden kürzlich Wäschestücke im Werthe von etwa 9 Mark gekostet.

In der Dogalstraße wurden vorletzte Nacht die an verschiedenen Häusern angebrachten Hebammenstöcke abgerissen und zerstochen.

Die Aula der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule wird sich am Donnerstag zum ersten Male für einen wohltätigen Zweck öffnen und zwar kostet es ein Konzert zum Besten eines Lehrerinnenheimes. Neben den von den Herren Hart und Prost geleiteten Chören haben die Opernsängerin Kl. Anna Herforth aus Berlin und die Herren Paul Wild (Violine) und Tagatz (Orgel) ihre Wirkung bereitwillig zugesagt.

Wie sie zu der im April stattfindenden Eintrittsprüfung der Kadetten in die kaiserliche Marine eine erheblich grössere Anzahl Aspiranten gemeldet hat, als im Etat gefordert wird, so liegen auch erheblich mehr Meldungen zum Eintritt als Schiffsungen in die Flotte für den nächsten Einstellungstermin, Anfang April, vor. Es musste daher eine grosse Anzahl junger Leute abgewiesen werden, obgleich das Schiffsgymnasiat bereits vom kommenden Etatsjahr eine Stärke von 36 Schiffsgymnasiaten und 564 Schiffsjungen aufweist. Ein Hauptgrund zu diesem großen Andrang für die Unterkörperausbildung in der Flotte ist darum zu erkennen, dass die neuen in Kraft getretenen Bedingungen erheblich günstiger geprägt sind, und vor allem auch, dass 1. die Ausbildungskosten der Schiffsjungen als solche von drei auf zwei Jahre herabgesetzt ist und 2. die Aushändigung des Zwölferungscheinnes bereits nach einer Gesamtdienstdauer von 9 Jahren, gegen 12 in den Vorjahren, erfolgt. Der Schiffsjungen gebrauchte früher drei Jahre, um zum Matrosen befördert zu werden, hatte also dann seiner dreijährigen Militärdienstzeit zu genügen und musste für dieses Erziehungsjahr zwei Jahre dem Staat als Unteroffizier dienen. Dadurch erstreckte sich die geringste Dienstdauer auf zwölf Jahre. Nach den neuen Bedingungen dient er nur zwei Jahre als Schiffsjunge, drei Jahre als Dienstpflicht und zweimal zwei Jahre als Gegenleistung an den Staat für seine erhaltene Ausbildung. Dadurch wird die Gesamtdienstdauer auf neun Jahre herabgesetzt. Auf der anderen Seite sind infolge der Eintrittsbedingungen insfern verschärft, als der eintretende Schiffsjunge 16 Jahre alt sein muss, während früher ein Spielraum von 14. bis zum 16. Lebensjahr freigelaufen war. Nur in vereinzelten Fällen werden gegenwärtig Schiffsjungen in die Flotte eingestellt, die erst 15 Jahre alt und besonders kräftig gebaut sind.

Die Ziehung der 2. Klasse 192. Königl. preußischer Klassen-Lotto wird am 11. d. M. Morgen 8 Uhr, ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose sowie die Freilose zu dieser Klasse sind bis zum 7. d. M. Abends 6 Uhr, bei Verlust des Altrechts einzulösen. — Gebrachsmuster ist eingetragen für Julius Heimann in Greifswald auf eine Kleideraufhängeworrichtung in Kleiderschränken, horizontale, herausnehmbare Stange mit quer zu den senkrecht hängenden Kleiderbügeln.

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Bellevue-Theater.

Sardous Lustspiel "Cyprienne" war für das zweite Gastspiel von Frau Dr. Hauser und Herrn Dr. Bäffermann gewählt und wurde im ersten Akt nicht aufgeführt. Die Rolle der Cyprienne dem Naturell von Frau Dr. Hauser besonders entsprechend und dieselbe bot auch in der Darstellung einige recht gute Momente, besonders im zweiten Akt, wo ihr munteres Spiel und ihr übermuthiges Lachen ihre Wirkung nicht versetzten, im ersten Akt machte ihr ganzes Auftreten jedoch einen zu erstaunlichen Eindruck und im letzten Akt griff sie zuweilen zu Possenmittel, um das Publikum in Höherkeit zu vertreiben. Auch der Herr von Prunelles' des Herrn Dr. Bäffermann stand nicht auf der Höhe, die Rolle war mehr die eines beläugten Alten, als eines flotten Bouvant, und wenn das Spiel auch den gewandten Darsteller verriet, so ließ dasselbe doch Temperament vermischen. — Die übrige Besetzung ist durch frühere Aufführungen bekannt. Eine überaus wirksame Epilogendarstellerin bot wieder Herr Duderer als "Döderlin". — Das Doppel-Gastspiel Hauser-Bäffermann erreicht mit dem heutigen Tage sein Ende, da sich beide Künstler nach Stargard zur Aufführung des Gustav Adolf-Befreielspiels begaben müssen. Interessanter dürfte unserer Leser die aus Mannheim kommende Nachricht, dass Herr Dr. Bäffermann bei der Wahl eines Direktors des vorliegenden Osttheaters in erster Reihe in Frage kommt.

Kunst und Literatur.

Berlin, 5. Februar. Das künftige Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Die Strecke Belzig-Warth ist wegen Schneeverwehungen auf 24 Stunden unbrauchbar.

Breunlan, 4. Februar. Auf dem hiesigen Schlachtfeste wurde vor einigen Tagen ein seltsamer Fall von actinomycotischer Erkrankung (Strahlenpilze) in den Knochen eines Schweins beobachtet, eine Krankheit, die auch beim Menschen vorkommt. Es waren dies nicht die von dem Oberarzt im Trichinenschauamt Thierarzt Düncker zu Berlin beobachteten Strahlenpilze, sondern die mit Actinomycetes bovis identischen Strahlenpilze. Das Präparat soll der hiesigen Sammlung im Schlachtfeste eingereicht werden. Eine Verwechslung dieser Krankheit mit Schweinepest und Tuberkulose kann vorkommen. Entscheidend ist der mikroskopische Befund.

Wie sie zu der im April stattfindenden

Eintrittsprüfung der Kadetten in die kaiserliche

Marine eine erheblich grössere Anzahl Aspiranten

gemeldet hat, als im Etat gefordert wird, so liegen auch erheblich mehr Meldungen zum Eintritt als Schiffsungen in die Flotte für den nächsten Einstellungstermin, Anfang April, vor. Es musste daher eine grosse Anzahl junger Leute abgewiesen werden, obgleich das Schiffsgymnasiat bereits vom kommenden Etatsjahr eine Stärke von 36 Schiffsgymnasiaten und 564 Schiffsjungen aufweist. Ein Hauptgrund zu diesem großen Andrang für die Unterkörperausbildung in der Flotte ist darum zu erkennen, dass die neuen in Kraft getretenen Bedingungen erheblich günstiger geprägt sind, und vor allem auch, dass 1. die Ausbildungskosten der Schiffsjungen als solche von drei auf zwei Jahre herabgesetzt ist und 2. die Aushändigung des Zwölferungscheinnes bereits nach einer Gesamtdienstdauer von 9 Jahren, gegen 12 in den Vorjahren, erfolgt. Der Schiffsjungen gebrauchte früher drei Jahre, um zum Matrosen befördert zu werden, hatte also dann seiner dreijährigen Militärdienstzeit zu genügen und musste für dieses Erziehungsjahr zwei Jahre dem Staat als Unteroffizier dienen. Dadurch erstreckte sich die geringste Dienstdauer auf zwölf Jahre. Nach den neuen Bedingungen dient er nur zwei Jahre als Schiffsjunge, drei Jahre als Dienstpflicht und zweimal zwei Jahre als Gegenleistung an den Staat für seine erhaltene Ausbildung. Dadurch wird die Gesamtdienstdauer auf neun Jahre herabgesetzt. Auf der anderen Seite sind infolge der Eintrittsbedingungen insfern verschärft, als der eintretende Schiffsjunge 16 Jahre alt sein muss, während früher ein Spielraum von 14. bis zum 16. Lebensjahr freigelaufen war. Nur in vereinzelten Fällen werden gegenwärtig Schiffsjungen in die Flotte eingestellt, die erst 15 Jahre alt und besonders kräftig gebaut sind.

Die Ziehung der 2. Klasse 192. Königl. preußischer Klassen-Lotto wird am 11. d. M. Morgen 8 Uhr, ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose sowie die Freilose zu dieser Klasse sind bis zum 7. d. M. Abends 6 Uhr, bei Verlust des Altrechts einzulösen.

Gebrachsmuster ist eingetragen für Julius Heimann in Greifswald auf eine Kleideraufhängeworrichtung in Kleiderschränken, horizontale, herausnehmbare Stange mit quer zu den senkrecht hängenden Kleiderbügeln.

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

Der Obermeister der Tapizerie und Dekoratoren, Herr A. Schöber, Schulzenstr. 33–34, ist zum gerichtlichen Sachverständigen und Ratgeber für Tapizerie- und Dekorationsarbeiten bestellt und als solcher vereidigt worden.

Stettiner Straßen-Eisenbahnen-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

im Januar 1895	31 600,00 Mark
" 1894	32 546,55 "
mithin im Januar 1895 weniger	946,55 Mark

</